

19. Juni 2024



## ***Kairos Palästina Vorstandsmitglieder***

### **Offener Brief an den Exekutivausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen**

**"Aufgrund seiner Verheißung aber warten wir auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt."**

**(2. Petrus 3,13)**

Verehrte Mitglieder des Exekutivausschusses,

wir von Kairos Palästina bedanken uns für die Erklärung, die Ihr geschätztes Komitee vom 6. bis 11. Juni in Bogota, Kolumbien, unter dem Titel: "Die sich zuspitzende Krise in Gaza" veröffentlicht hat.<sup>1</sup> Wir gehen davon aus, dass die Erklärung in großer Sorge und mit der dringenden Notwendigkeit veröffentlicht wurde, die grausamen Verbrechen in Gaza zu beenden.

Als Palästinenser, als Christen und als Ihre Partner möchten wir Sie jedoch auf die folgenden Punkte aufmerksam machen, die sich auf den Inhalt und die in der Erklärung enthaltenen Forderungen beziehen:

- 1- Wir glauben, dass der Titel "Eskalierende Krise in Gaza" weder zutreffend noch angemessen ist. Die langwierige "Krise" ist das Ergebnis der seit acht Monaten andauernden groß angelegten militärischen Aggression Israels, die sich zu einem Völkermord ausweitet. Davor war der Gazastreifen durch eine 17 Jahre andauernde Blockade stranguliert, die 2,3 Millionen Menschen dazu zwang, von Hilfsgütern abhängig und extrem anfällig für Hungersnot und Verhungern zu werden. Vor allem, weil der ÖRK einer der wichtigsten Partner des Büros des UN-Sonderberaters für die Verhütung von Völkermord bei der Ausarbeitung des Aktionsplans für religiöse Führer und Akteure zur Verhinderung von Anstiftung zu Gewalt, die zu Gräueltaten führen könnte ("Fez-Prozess") ist, trägt er eine große Verantwortung, wenn es darum geht, einen Völkermord zu erkennen, ihn auf das Schärfste zu verurteilen und sofort zu beenden. Neben unseren eigenen Berichten und der akribischen Dokumentation des Völkermords an den Palästinensern hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in seinen vorläufigen Maßnahmen bestätigt, dass es plausibel ist, dass Israel einen Völkermord begeht. Der Begriff "Völkermord" fehlt nicht nur im Titel, sondern wird auch im Hauptteil der Erklärung an den Rand gedrängt, anstatt den Kern dessen zu bilden, was die Erklärung verurteilt und zu dessen sofortiger Beendigung aufruft. Eine Untersuchung nach der anderen kommt zu dem Schluss, dass Israel grausame Verbrechen im Sinne des Völkerrechts begeht, darunter auch der jüngste Bericht [1] der UN-Untersuchungskommission, der zu dem Schluss kommt, dass Israel das Verbrechen der Ausrottung des palästinensischen Volkes begeht. Es kann nicht hingenommen werden, dass Verbrechen von solchem Ausmaß, die über einen Zeitraum von acht Monaten vorsätzlich begangen wurden, auf eine "Krise" reduziert werden.

---

<sup>1</sup> Englisch Original: <https://www.oikoumene.org/resources/documents/statement-on-the-escalating-crisis-in-gaza> .

- 2- Wir bedauern, dass in der Erklärung nicht erwähnt wird, dass Israels sieben Jahrzehnte andauerndes Siedlerkolonialregime, die Apartheid und die anhaltende Besatzung mit völliger Straffreiheit die eigentliche Ursache und der Kontext sind, die den Ereignissen vom 7. Oktober und dem darauffolgenden Völkermord an den Palästinensern in Gaza und der schweren Eskalation der israelischen Gräueltaten im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, zugrunde liegen.
- 3- Wir bedauern auch die ausweichende, aber selektive Sprache der Erklärung; während es einerseits an Spezifikationen fehlt, um den Aggressor zu identifizieren, wenn der Täter Israel ist, verwendet sie andererseits eine starke Sprache und Adjektive, wenn die Täter Palästinenser sind. Wenn die Erklärung die drastischen Statistiken des Völkermords in Gaza darlegt, weist sie nicht direkt auf Israel als Täter hin. Die Erklärung scheint jedoch die Verwendung starker, direkter Worte den von der Hamas begangenen Taten vorzubehalten, indem sie diese als "die extremsten und unmenschlichsten Formen des Tötens, der Folter und anderer Schrecken, einschließlich sexueller Gewalt" beschreibt. Die grausamen Handlungen Israels im Gazastreifen werden nicht mit solchen Worten beschrieben, obwohl sie nicht nur in Bezug auf das Ausmaß und die Schwere der Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung viel größer sind, sondern auch sehr gut dokumentiert und für die ganze Welt per Livestream zu sehen sind.
- 4- Darüber hinaus neigt die Erklärung dazu, die gerechte palästinensische Sache auf das Leiden der Zivilbevölkerung in Gaza zu reduzieren oder zumindest dieses tragische Ergebnis in den Mittelpunkt zu stellen und den Fokus auf die humanitäre Katastrophe zu legen, die von Menschen verursacht, systematisch und absichtlich herbeigeführt wurde, ohne jedoch den Aggressor und den Verletzer, d.h. Israel, direkt zu definieren. So wichtig es auch ist, die dringend benötigte humanitäre Hilfe für die ausgehungerten Palästinenser in Gaza bedingungslos fließen zu lassen, so wissen wir doch, dass keine noch so große Hilfe das palästinensische Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit ersetzen kann. Dies sollte der Kern der Erklärung und jedes Aktes der Solidarität sein.
- 5- Als Christen halten wir auch die gottgegebene Heiligkeit des Lebens für alle Menschen hoch. Trotz des massiven Unterschieds in der Zahl der Todesopfer zwischen Palästinensern und Israelis wurden in der Erklärung die 37.000 Palästinenser, die während des israelischen Völkermords im Gazastreifen getötet wurden, und die 1200 Israelis, die am 7. Oktober getötet wurden, auf die gleiche Stufe gestellt. In der Erklärung wurden die "Gewalt" und die Forderung nach Rechenschaftspflicht trotz der großen Unterschiede in der Machtdynamik weiterhin gleichmäßig auf beide Seiten bezogen. Damit verdeckt die Erklärung reflexartig die massive Asymmetrie der Macht, die auf der einen Seite im Spiel sind, und auf der anderen Seite die sieben Jahrzehnte andauernde Kolonisierung des palästinensischen Landes und die Unterdrückung seiner Bevölkerung.
- 6- Wir sind der festen Überzeugung, dass sexuelle Gewalt in ihrer Gesamtheit verurteilt werden muss, unabhängig davon, wer sie verübt. Es ist jedoch nicht akzeptabel, israelische Opfer sexueller Gewalt in Berichten, die noch untersucht werden (zumindest bei Vergewaltigungsvorwürfen), in den Mittelpunkt zu stellen und palästinensische Opfer von Israels langjähriger, systematischer Politik der sexuellen Gewalt, die sich als Mittel der Kriegsführung in Gaza entwickelt hat, mit verifizierten Zeugenaussagen und dokumentierten Berichten als bloße "Fälle sexueller Gewalt durch israelische Behörden gegen palästinensische Gefangene im Westjordanland" zu bezeichnen. Zu der jahrzehntelangen israelischen Politik der

sexuellen Gewalt gegen Palästinenserinnen und Palästinenser kommt der jüngste Bericht des UN-Kontrollrats hinzu, der zu dem Schluss kommt, dass die israelischen Streitkräfte Sexualverbrechen gegen Palästinenserinnen und Palästinenser begangen haben, u.a. durch erzwungene öffentliche Nacktheit, erzwungene öffentliche Entkleidung, sexualisierte Folter und Missbrauch sowie sexuelle Demütigung und Belästigung.[2]

- 7- Wir schließen uns dem Aufruf an und fordern die Freilassung der israelischen Geiseln, die von der Hamas festgehalten werden. In der Erklärung wird jedoch der Forderung nach der Freilassung von 140 israelischen Geiseln Vorrang vor der Forderung nach der Freilassung von etwa 9000 palästinensischen Gefangenen und Geiseln aus allen Teilen der palästinensischen Gesellschaft - Kinder, Frauen, Männer und ältere Menschen - eingeräumt, die unter unmenschlichsten Bedingungen festgehalten werden, gefoltert werden, hungern und von denen Dutzende ohne jede Untersuchung getötet wurden. In der Erklärung wird die Freilassung der palästinensischen "Personen" gefordert, ohne sie als Geiseln oder Gefangene zu bezeichnen, die "ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren" festgehalten werden. Seit mehr als sieben Jahrzehnten wissen die Palästinenser aufgrund akribischer Beweise und Dokumentationen, dass Israels "ordentliches Gerichtsverfahren" ein Mythos ist. Die israelischen Militärgerichte, vor denen palästinensische Zivilisten aller Altersgruppen verhandelt werden, haben eine Verurteilungsquote von 99
- 8- Die Erklärung "fordert alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft auf, ihre moralische und rechtliche Verpflichtung zu den gleichen Menschenrechten wiederzuentdecken" ....". In der Tat sind wir der Meinung, dass rechtliche Verpflichtungen nicht "wiederentdeckt", sondern sofort umgesetzt werden müssen. Wer dies nicht tut, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Regierungen, die das repräsentieren, was das Völkerrecht als Drittstaaten bezeichnet, MÜSSEN Maßnahmen ergreifen, um schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht zu beenden. Israel konnte seinen Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen und seine Unterdrückung im Westjordanland gerade wegen des absoluten Mangels an Rechenschaftspflicht und Achtung des Völkerrechts fortsetzen und eskalieren. Wir sind auch der Meinung, dass die Achtung des Völkerrechts von ALLEN Mitgliedsstaaten gewährleistet werden muss und unabhängig davon gelten muss, wer es verletzt, und dass es nicht anfällig für Selektivität oder Politisierung sein darf. Die Aufrufe des ÖRK müssen alle Kirchen und alle Regierungen auffordern, die vorläufigen Maßnahmen des IGH, die in den letzten fünf Monaten dreimal erlassen wurden, durchzusetzen. In diesem kritischen Moment bekräftigen wir, was wir in unserer Veröffentlichung aus dem Jahr 2022 "A dossier on Israeli Apartheid: Ein dringender Aufruf an die Kirchen in aller Welt" geschrieben haben: ***"Die Kirche sollte nicht darauf warten, dass die internationale Gemeinschaft Israels Apartheid offiziell beschreibt und verurteilt. Nein, eine prophetische Kirche sollte die internationale Gemeinschaft gestalten und anführen.***
- 9- Wir schließen uns der Forderung des ÖRK nach einem sofortigen Waffenstillstand an, der lediglich ein erster Schritt zur Beendigung dieses grausamen Völkermords sein muss, aber nicht das Endziel. Wir fordern den ÖRK auf, anzuerkennen, dass das Endziel darin bestehen muss, die jahrzehntelange Kolonisierung des palästinensischen Landes und die Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu beenden, Rechenschaft abzulegen, sich um Gerechtigkeit und dann um Frieden zu bemühen. Wir fordern den ÖRK, der seit langem die völkerrechtlichen und UN-Positionen zu Palästina bekräftigt, auch auf, die Anerkennung des unveräußerlichen Rechts des

palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung wie aller Völker der Welt als Eckpfeiler des Friedens anzuerkennen und zu fordern.

In Zeiten des Völkermordes brauchen wir die Kirchen und ihre breiteste ökumenische Repräsentation, den ÖRK, um ihre prophetische Stimme zu erheben, um Neutralität zu vermeiden, um inmitten des Völkermordes nicht "ausgewogen" zu sein und um eine brutale Kolonisierung nicht zu ignorieren, die dem 7. Oktober um sieben Jahrzehnte vorausging.

Als Ihre palästinensischen christlichen Partner brauchen wir gemeinsam mit unseren Verbündeten in aller Welt keine Erklärung, die acht Monate zu spät kommt, sondern einen Aktionsplan für die Umsetzung der einzigartigen christlichen Botschaft und Mission, die die Kirchen im Kampf gegen den Völkermord und die ethnische Säuberung, die Israel an den Palästinensern verübt, einbringen sollten. Wir glauben, dass die christliche Gemeinschaft der Gläubigen in diesem Moment einen besonderen Beitrag zu leisten hat, der sich aus ihrer moralischen Verpflichtung als Gläubige des christlichen Glaubens ergibt.

In diesem drastischen Moment erinnern wir uns an das, was in unserem Kairos-Palästina-Dokument im Abschnitt 3.4.1 geschrieben steht:

**"Die Kirche hat einen prophetischen Auftrag, nämlich mutig, ehrlich und liebevoll das Wort Gottes in ihrem jeweiligen Umfeld und inmitten des Tagesgeschehens auszusprechen. Wenn sie Partei ergreift, dann ist ihr Platz an der Seite der Unterdrückten, wie Christus, unser Herr, an der Seite jedes armen Menschen und jedes Sünders stand und sie zur Buße, zum Leben und zur Wiederherstellung ihrer Würde aufrief, die ihnen von Gott verliehen worden war und die ihnen niemand nehmen darf. "**

Gnade und Frieden,

*Kairos Palästina Vorstandsmitglieder*